

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit,“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Berufsständische Interessentenvertretung.

Von Franz Lauffötter.

II.

Nach der Novemberrevolution brach sich der berufsständische Gedanke mit Macht Bahn. Im Räte system, das auf rein wirtschaftlicher Grundlage aufgebaut gedacht wird, fand er seinen stärksten Ausdruck, doch litt dies System an einer Einseitigkeit, die seine Verwirklichung unmöglich machte. Es ging nämlich von der irrigen Auffassung aus, daß die Revolution die Macht des Unternehmertums nach allen Richtungen hin gebrochen habe und daß das Proletariat die Erbin dieser Macht sei. So wurde denn das Wort geprägt: „Alle Macht den Arbeiterräten!“. Das Unternehmertum galt als ausgeschaltet, auf seine Mitwirkung wurde verzichtet. Es zeigte sich aber bald, daß dies System aus einer Mischung entsprungen war, weil sich in Wirklichkeit die Mitarbeit des Unternehmertums an dem Wiederaufbau und der Neugestaltung des Wirtschaftslebens nicht entbehren ließ. Das Proletariat allein war eben nicht imstande, diese ungemein schwierige Aufgabe zu erfüllen, da es ihm dazu erforderliche Werkzeuge an der erforderlichen Vorbereitung fehlte. Wohl wäre es imstande gewesen, die alte Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsordnung zu gerütteln, aber um eine neue höhere Ordnung aus der Erde zu stampfen, dazu reichten die Kräfte nicht. Diese letztere Aufgabe erkannte und öffentlich bekundeten zu haben, ist das Verdienst jener Genossen, die dafür als Arbeitervertreter und Soldaten des Kapitals gekämpft wurden. Heute denkt man ruhiger über diese Dinge, besonders nachdem auch die Führer Sowjet-Rußlands haben erkennen müssen, daß ihr System ein Irrtum ist. Es erscheint also ganz richtig, daß zunächst der demokratische Gedanke in Staat und Gemeinde durchgeführt wurde, wobei allerdings ungeachtet Gemeinfinne zu überwinden sind, und daß dann die schwierige Arbeit, eine berufsständische Interessentenvertretung zu schaffen, in Angriff genommen wurde. Durch die Reichsverfassung wurde der Arbeitern und Angestellten die Aufgabe zugewiesen, in Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern das Wirtschaftsleben zu gestalten. Die Arbeitnehmer sollten nicht nur das Recht haben, ihre Interessen innerhalb der einzelnen Betriebe zu vertreten (Betriebsdemokratie und Betriebsräte), sie sollten auch als gleichberechtigte Faktoren am wirtschaftlichen Aufbau mitarbeiten (Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsräte). Die letztere Tätigkeit ist es, die für uns in Betracht kommt.

Der Gedanke, der der Wirtschaftsdemokratie zugrunde liegt, ist die Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der in der sozialistischen Bewegung lebende Gedanke einer Vereinfachung des Unternehmertums und einer schnellen Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens trat einstweilen hinter die Anforderungen des Tages zurück. Es kam zunächst darauf an, aus dem durch den Krieg und die Revolution geschaffenen Chaos wieder herauszukommen und aus der Zerrüttung und Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens heraus wieder zu geordneten Verhältnissen zu gelangen. Die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes, die durch gewagte Experimente und sinnlose Purtsche aufs höchste gefährdet wurde, sollte gesichert werden, weshalb die Gewerkschaften schon am 15. November 1918 eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gründeten und dadurch vorläufig auf die Durchsetzung weitergehender Programmforderungen verzichteten. Man hat dies zweifellos vernünftige Vorgehen der Gewerkschaftsführer einen Verrat am Proletariat und am Sozialismus genannt, aber die Zukunft wird anders urteilen. Leider — das müssen wir hier hervorheben — scheinen weite Kreise des Unternehmertums, in denen der Herrenstandpunkt noch nicht überwunden ist, im Begriffe zu sein, ihrem Großmachtsstiel wieder die Zügel schiefen zu lassen und dadurch unser Wirtschaftsleben schweren Schäden auszuführen. Die deutschen Gewerkschaften sind nicht gewillt, auf ihr Recht, um das sie seit Jahrzehnten gekämpft haben, gütlich zu verzichten, wenn sie unter dem Druck und dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse die Sozialisierungspläne vorläufig zurückstellen, so werden sie doch die Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens mit allen Mitteln durchzuführen versuchen.

Es würde zu weit führen, die Kämpfe zu schildern, die sich in den ersten Monaten der Revolution um die praktische Verwirklichung des Demokratisierungsgebändens im Gebiete des wirtschaftlichen Lebens abgespielt haben, es

solll nur das Ergebnis dargelegt werden: die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenräten, in denen der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Ausdruck gelangt und die Errichtung von Wirtschaftsräten, die die Interessengemeinschaft aller Wirtschaftsfaktoren zum Ausdruck bringt. Die ersteren sind Organe, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Ausbeutungssucht und die Uebergriffe der Arbeitgeber schützen sollen, also Klassenorgane, die letzteren sind Organe der Gesamtheit und haben die Aufgabe, das Wirtschaftsleben im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit und einer hohen Wirtschaftlichkeit auszugestalten. Sie sollen die Leistungsfähigkeit der Arbeit und der Wirtschaft bewahrt und planmäßig steigern mit dem Ziele, ein menschenwürdiges Dasein für alle zu schaffen. Zu dem Zwecke sollen in den Bezirkswirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung vertreten sein. Ihr Aufbau soll also ein berufsständischer sein, doch soll kein Berufsparlament geschaffen werden, das als gesetzgebender Faktor mit dem Rechte der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzesentwürfen neben dem Reichstage steht, vielmehr handelt es sich im wesentlichen um eine beratende Tätigkeit von Sachverständigen und um eine Kontrollbefugnis über die wirtschaftlichen Maßnahmen der Staatsverwaltung. Außerdem sollen die Wirtschaftsräte noch die verfassungsmäßigen Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sein: nicht mehr soll der Staat allein in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung seine Maßnahmen treffen, sondern die berufsständische Vertretung soll dabei mitwirken, damit die Bureaucratisierung vom grünen Tische aus endlich einmal ein Ende nimmt, und zweitens soll das Unternehmertum nicht mehr einseitig sein Interesse durchzusetzen vermögen, sondern paritätische Organe, die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, sollen die berufsständische Vertretung bilden, damit mit der Alleinherrschaft des Unternehmertums Schluß gemacht wird.

Zur Verwirklichung der in der Reichsverfassung verankerten Wirtschaftsdemokratie wurde zunächst im August 1919 ein „Wirtschaftsrat beim Reichsministerium“ ins Leben gerufen, der sich aus je 2 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft sowie aus je einem Vertreter der deutschen Städte und der Verbraucher zusammensetzte. Sodann wurde der „Vorläufige Reichswirtschaftsrat“ ins Leben gerufen, der am 30. Juni 1920 zusammentrat, dessen Mitglieder allerdings nicht gewählt, sondern durch die bestehenden berufsständischen Organisationen ernannt werden, abgesehen von einzelnen Mitgliedern, die durch den Reichswirtschaftsminister berufen wurden. Die gesamten Mitglieder gelten nicht als Vertreter von Sonderinteressen der einzelnen Berufe, sie sind gedacht als die Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist nach berufsständischen Gesichtspunkten aufgebaut und bietet im allgemeinen ein Spiegelbild des deutschen Wirtschaftslebens. Allerdings fehlt ihm der eigentliche Unterbau, der sich nur hätte bilden lassen durch die Wahl der Mitglieder in den einzelnen Betrieben, aber er wird ja auch nur als ein Uebergang zur wirklichen Betriebsdemokratie angesehen. Um diese selbst zu schaffen, sind Bestrebungen im Gange, die darauf hinauslaufen, unter Benutzung und Verwertung mit dem „Vorläufigen Wirtschaftsrat“ einen Reichswirtschaftsrat ins Leben zu rufen, der auf den Bezirkswirtschaftsräten aufgebaut ist. In den Einzelheiten und der praktischen Ausgestaltung der neuen Wirtschaftsdemokratie besteht noch viel Unklarheit und Gärung, weil es sich hier um laufende Versuche handelt; aber wenn sich die Sache organisch weiterentwickelt, wird sicherlich etwas Brauchbares und Nützlichs herauspringen, wobei jedoch stets zu berücksichtigen bleibt, daß auch die Wirtschaftsdemokratie wie alles Menschenwerk nichts Vollkommenes sein, sondern Mängel und Fehler haben wird. Immerhin bedeutet sie einen großen Fortschritt gegenüber dem früheren Staatsabsolutismus und der bisherigen Kapitalautokratie.

Zweifellos ist der Gedanke einer berufsständischen Vertretung auf dem Vormarsch, wenn er auch erklärlicherweise noch heute auf viele und starke Hindernisse und Widerstände stößt. Die Schwierigkeit seiner Ver-

wirklichung liegt vor allen Dingen in der inneren Zerküftung unseres Wirtschaftslebens. Wohl wäre es ein Vorteil, wenn jeder Berufsstand seine staatsrechtliche und verwaltungstechnische Vertretung fände, wenn neben dem Wirtschafts- auch das Geistesleben zu seinem Rechte käme, wenn jeder berufstätige Mensch Leute seines Vertrauens, die er kennt und schätzt, in diese Vertretung hineinwählen könnte; aber es besteht die Gefahr, daß sich auch in einem berufsständischen Parlamente Sonderinteressen durchsetzen werden, weil auch hier, wie in einem politischen Parlamente, wesentlich die wirtschaftliche Macht den Ausschlag gibt. Aber diese Gefahr läßt sich vermeiden, wenn in dem Berufsparlament jedes Einzelinteresse, jeder einzelne Beruf zu Worte kommt und Gehör findet. Erfahrungsgemäß machen sich überall dort die Sonderinteressen in der allerschäblichsten Weise bemerkbar, wo sie ihre starken Organisationen den unorganisierten Schwachen und den unorganisierten Gesamtheit entgegenstellen, weshalb es schon als ein Vorteil zu bezeichnen ist, wenn die Vertreter der verschiedenen Interessenten Gelegenheiten haben zu einer gegenseitigen Aussprache und Verständigung, nötigenfalls unter Einzugsicherung unparteiischer Sachverständiger. Die Hauptsache wird sein, daß jeder Berufsstand im Verhältnis zu seiner Bedeutung und der Zahl seiner Angehörigen Berücksichtigt wird.

Zum Schluß sei noch hervorgehoben, daß das Berufsparlament die politischen Parlamente, die gairichtige aufbewirtschaftliche Fragen geistiger, rechtlicher, sozialer und kultureller Art zu lösen haben, keineswegs ersetzen soll; aber es soll ihnen jene Aufgaben abnehmen, die wirtschaftlicher Art sind und besondere Sachkenntnis erfordern, wovon man eine Gesundung des Parlamentarismus und eine sachverständige Behandlung wirtschaftlicher Fragen erwarten darf. Vor allem aber wird die verwirklichte Wirtschaftsdemokratie das Interesse aller berufstätigen Menschen an der Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens wecken und stärken, weil sich die Gelegenheit bietet, das Mitbestimmungsrecht zum Ausdruck zu bringen. Es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, daß Menschen, die auf irgendeinem Gebiete nichts mitzusprechen haben, diesem Gebiete gleichgültig gegenüberstehen; erst wenn ihnen das Recht einräumt wird, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, erwacht ihr Interesse. Diese erstere Wirkung der Wirtschaftsdemokratie, wie jeder anderen Demokratie, darf nicht unterschätzt werden. Wenn jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben ist, aus dem Kreise seiner Kollegen und Kolleginnen die Tüchtigsten auszuwählen, wenn ihm die Gelegenheit gegeben ist, sich selbst als tüchtig zu erweisen und gewollt zu werden, dann erst wird er sich in Wahrheit als ein gleichberechtigter und sozial gleichwertiger Mensch fühlen und betätigen. (Wer sich über die behandelte Frage eingehend und gründlich unterrichten will, dem sei das Buch empfohlen: Dr. Edgar Kartarin-Tarnheben. Die Berufsstände, ihre Stellung im Staatsrecht und die deutsche Wirtschaftsreform. Berlin 1922. Verlag von Carl Heymann. 260 Seiten, Preis 90 M.)

Kommunistischer Betriebsrätekongress.

Die Einberufung wird von keinem Gewerkschafter gefördert.

Der kommunistischen Parteizentrale ist die gegenwärtige Not der Zeit eine willkommene Gelegenheit zu einer Hege gegen die Gewerkschaften und ihre Leitungen, besonders auch gegen den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die alles bisher an Verhehlung Geleistete in den Schatten stellt, und das war schon allerlei. Die Gewerkschaftsleitungen werden vollkommen grundlos beschuldigt, daß sie nichts täten, ihre Beschäfte durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Bettelstücken verhandeln und freundschaftlich mit den Kapitalisten verkehrten, und dergleichen Unsinnsigkeiten mehr. In der „Noten Fahne“ vom 31. August werden die Arbeiter aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Eine angebliche Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins, eine Versammlung von Personen, deren Betriebsräte-eigenschaft durchaus unbegreiflich ist, in der die große Mehrzahl der Betriebe, darunter die größten und wichtigsten, nicht vertreten waren, eine beratig willkürlich zusammengelaufene Versammlung stellte eine Hege recht radikaler Forderungen auf und bestellte zu deren Durchführung einen Ausschuß von 15 Personen. Dieser soll sich mit

ebenfalls Ausschüssen im Reich in Verbindung stehen und in spätestens 4 Wochen einen Betriebsräte-Kongress organisieren, zu dem die Abgeordneten durch Umwahlen in den Betrieben gewählt werden sollen. Der Kongress soll auch gegen den Willen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes und der Betriebsrätezentrale, die allein zur Einderufung eines derartigen Kongresses befugt sind, abgehalten werden. Diese Stellen lehnen es natürlich ab, das Verlangen zu erfüllen. Denn hinter der angeblichen Vollversammlung der Berliner Betriebsräte steht nichts anderes als die Zentrale der kommunistischen Partei, die die gegenwärtige Steuerungslage benutzen will, um wieder einmal ihr Rätesystem zu verwirklichen. Sie beabsichtigen, die Gewerkschaftsleitungen durch eine direkte Aktion aufgewiegelter Betriebsvertreter beiseite zu schieben und eine Rätepolitik durchzuführen, die den kommunistischen Parteizwecken entspricht, der Arbeiterklasse in ihrer Lebenshaltung aber zum größten Verhängnis werden müßte.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzuwarten, Maßnahmen zur Bänderung der Steuerung und zur wirtschaftlichen Gesundung vorgeschlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmitgliedern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem kürzestem Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht. Es bedarf dazu nicht des Umweges über kommunistische Ausschüsse und Veranstaltungen. Ueberdies ist der Bundesvorstand nur dem Gewerkschaftskongress und dem Bundesausschuß Rede und Antwort schuldig, aber nicht irgendwem, von der kommunistischen Parteizentrale kommunizierten Personengruppen.

Außerdem haben die Kommunisten in Berlin eine Reihe von Industriegruppen-Fraktionsversammlungen veranstaltet, in denen die Aufgaben der Industriegruppen und die Stellungnahme zu einer Reichsgewerkschaftskonferenz erörtert wurde. Daß sich diese Vorbereitungen und Veranstaltungen nicht zuletzt gegen die Gewerkschaften selbst, ihre einheitliche Organisation und ihre erfolgreiche Arbeit richten, darüber kann in allen Kreisen verantwortungsbewußter Gewerkschafter kein Zweifel bestehen. Alle Angriffe auf die Gewerkschaftsleitungen vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen, daß den Kommunisten der ausschlaggebende Kampf in den Gewerkschaften um die Macht nicht mehr genügt, und daß sie es jetzt vorziehen, die gewerkschaftliche Eingreifkraft von außen her, durch Sonderkongresse und Sonderunternehmungen zu zerstreuen. Die Gewerkschaften führen einen harten und zähen Kampf gegen die Steuerung. Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten Wirkungen von der Arbeiterchaft abzuhalten. Wer ihnen dabei durch Gegenparteln und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beteiligung hieran in den Rücken fällt, wenn die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche, gewerkschaftliche Kampf um bessere Lebensbedingungen, der verdientigt sich an der gesamten Arbeiterklasse. Er schädigt die Gewerkschaften und hat damit zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und als solcher behandelt wird.

Wir ersuchen unsere Verbandsmitglieder daher dringend, sich auch fernerhin nicht vor den Karren der Gewerkschaftsverbände von der kommunistischen Parteizentrale spannen zu lassen. Es geschähe nur zum Nutzen des Unternehmertums. Unsere Kollegen würden es bitter zu bereuen haben; denn ihre Lebenslage und die ihrer Familien würde sich in einer nicht wieder gutzumachenden Weise verschlechtern.

Wucher!

Das Wort Wucher ist uns recht geläufig geworden. Was ist Wucher? Ist es Wucher, wenn ein Kaufmann, der 1914 für 100 Milliarden Goldmark Waren vom Ausland eingeführt, in Hamburg bis Ende August 1922 gelagert hätte, ohne sonst etwas daran zu verbessern oder Arbeit damit zu haben und nun die Waren mit dem fünffachen Preis, mit 500 Milliarden Papiermark verkauft? Jedenfalls werden 99 von Hundert sagen, das ist Wucher und müßte bestraft werden. 500 Milliarden Papiermark sind bei dem Dollarkurs von über 2000 aber nur 1 Milliarde Goldmark. 99 Milliarden Goldmark oder 50 000 Milliarden Papiermark hätte der Kaufmann tatsächlich Verlust und würde, wollte er sich neue Waren beschaffen, nur den hundertsten Teil für das eingenommene Geld erhalten. Gäte dieser Kaufmann die gestohlene Pflanz, mindestens dieselbe Waare Waren für den Erlös zu beschaffen, hätte er eine fünfhundertfache Summe für die Waren fordern müssen und nicht nur den fünffachen Betrag. Würden die gedachten Waren zum fünffachen Betrage an das Ausland verkauft worden sein, hätte Deutschland einen Devisenverlust von 99 Milliarden Goldmark oder 49 500 Milliarden Papiermark. Ein solcher Fall kommt in Wirklichkeit nicht vor, aber vor dem Kriege betrug die deutsche Ein- und Ausfuhr je rund 13 Milliarden Goldmark, also etwa den achten Teil von 100 Milliarden. Diese Aus- und Einfuhr geht naturgemäß nicht von heute auf morgen, sondern im Laufe längerer Zeit vor sich.

Neben der Ausfuhr durch Schiffe und Eisenbahn vollzieht sich eine Einfuhr und Ausfuhr auch auf andere Weise, die aber nicht kontrollierbar ist. Zunächst weisen in Deutschland mehrere hunderttausend Kaufleute und Vergnügungsreisende aus dem Auslande. An diese gehen wir Kaufleute, Eisen, Kleidung usw. gegen Bezahlung ab. Dieses ist also

Verbandskalendar 1923.

Unser Verbandskalendar war bei den Mitgliedern immer sehr beliebt. Das zeigte sich in jedem Jahre dadurch, daß die Nachfrage die Auflagenhöhe meistens überstieg. Der Verbandsvorstand läßt deshalb auch in diesem Jahre trotz der hohen Herstellungskosten einen Kalendar anfertigen. Er ist inhaltlich ebenso sorgfältig vorbereitet wie seine Vorgänger. Eingrichtet für den täglichen Gebrauch, bietet er gleichzeitig Belehrung, Unterhaltung sowie Anregungen und Unterlagen für die Werbearbeit.

Der Preis des Kalenders läßt sich noch nicht endgültig festsetzen. Vielleicht wird er sich ungefähr in der Höhe eines mittleren Stundenlohnes bewegen. Nach einem zu Anfang August aufgestellten Vorschlag stellten sich die Druckkosten für die 75 000 Auflage auf rund 1 1/2 Millionen Mark. Für das Einbinden eines Kalenders veranschlagte die Buchbinderi I.M. Danach stellte sich der Kalendar ohne Verbandskosten auf rund 25 M.; die literarische Verarbeitung gar nicht gerechnet. Inzwischen sind, wie alle andern Lebenskosten, auch die Druckerlöshöhe, die Buchbinderlöhne, Papierpreise usw. gestiegen, und so werden auch die Herstellungskosten des Vorschlags übersteigen.

Der Verbandsvorstand wird den Kalendar wie die vorigen zum Selbstkostenpreise, der für Druck, Einbinden und Versand aufzubringen ist, an die Verbandsmitglieder abgeben. Der Druck wie auch das Einbinden geschieht in Arbeiterunternehmungen, unsere Mitglieder dürfen also sicher sein, daß sich kein Privatunternehmen daran bereichert. Dem Verbandsmitglied nur der durch die Höhe und die Rohstoffpreise bedingte Herstellungspreis in Rechnung gestellt. Zurzeit wird der Kalendar gedruckt. Es ist beä half an der Zeit, daß die Vereinsvorstände die Kalendarbestellungen sammeln und dem Verbandsvorstande übermitteln. Unsere Verbandsmitglieder werden bei ihrem Vereinsvorstand möglichst bald zu bestellen. Ein Nachdruck wird in diesem Jahre wegen der hohen Kosten voraussichtlich nicht angängig sein. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, daß unsere Mitglieder, die einen Kalendar beziehen wollen, nicht zögern, ihrem Vereinsvorstand eine Bestellung aufzugeben.

Wenn der Kalendar verhandelt werden kann, das hängt davon ab, wann die Buchbinderarbeit fertig wird. Es ist zu hoffen, daß die bestellten Kalender den Vereinen in der zweiten Hälfte des November bis Mitte Dezember zugehandelt werden können. Gleichwohl darf das Einsammeln der Bestellungen und ihre Uebermittlung an den Verbandsvorstand nicht verzögert werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die Besteller leer ausgehen.

Der Verbandsvorstand.



auch eine Art Ausfuhr. Dagegen weist eine große Zahl deutscher Kaufleute und Vergnügungsreisenden im Ausland, und sie erhalten dort für Geld Waren. Es ist dies also Einfuhr. Wenn ist der sogenannte Grenzverkehr, der ebenfalls Ein- und Ausfuhr mit sich bringt, und es ähnliches tut ja auch der Schmuggel. Was auf diese 3 Arten Ein- und Ausfuhr an Gütern hinüber- und herübergeht, läßt sich nicht einmal schätzungsweise feststellen. Die Möglichkeit besteht, daß auf diesem Wege eine größere Waare von Waren von einem Lande zum andern umgesetzt wird, als durch die Zollämter ermittelt wird, wenigstens dem Werte nach. Zurzeit kommen die Bekleidungsgruppen der Entente noch hinzu, die sicher erhebliche Massen an Waren aus Deutschland mitnehmen und absenden.

Auch die Reichsbahn treibt Wucher. Hierzu paßt eine Satire, die man unter andern in folgender Form hört: Ein Amerikaner steht am Fahrkartenschalter der Reichsbahn in Dresden: „Eine Fahrkarte Berlin, zweiter Klasse, Schnellzug!“

Schalterbeamter: „Hier die Fahrkarte, 180 Mark.“

Amerikaner: „Hier ein Dollar.“

Der Schalterbeamte gibt ihm 1920 Mark zurück, denn der Kurs ist 2000. Darauf sagt der Amerikaner: „Die Karte kostet also 8 1/2 Cent oder 36 Pfennige nach Ihrer alten Währung.“

„Ja,“ sagt der Schalterbeamte, „früher kostete die Karte 13 M., und unsere Bahn verzinst sich mit etwa 4 %. Dieses Jahr soll das Defizit 7 Milliarden betragen, wahrscheinlich werden es mehr als 20.“

Der Amerikaner hat Gelegenheit, mit dem Reichsfinanzminister zusammenzukommen, und dabei kommt auch die Rede auf die Geldnot. „Können Sie uns nicht 10 Milliarden Dollar leihen,“ jagte der Reichsfinanzminister, worauf der Amerikaner antwortet: „Nein, Eggelanz, Germania ist ein liebedürftiges Frauenzimmer, der ein vernünftiger Mensch kein Geld leiht.“ Enttäuscht fragt der Minister, wie er zu solcher Behauptung komme. „Nun,“ jagt der Amerikaner, „eben komme ich aus Dresden und habe für zweite Klasse Schnellzug 36 Pfennige als Fahrpreis bezahlt, ein Betrag, der die Selbstkosten, die etwa 12 Goldmark betragen dürften, weit untersteigert. Wenn ein Privatmann so handeln würde, wäre er längst in einer Irrenanstalt! Ihr Kollege, der Herr Postminister besitzert einen Brief von Köln nach Königsberg für nicht ganz einen Pfennig nach alter Währung. Wie lange würde es dauern, und die 10 Milliarden Dollar hätten Sie verschickt, wenn ich sie Ihnen ausleihen würde.“

Das ist nur ein Witz, aber Ausländer dürften unter sich öfter solche bitteren Worte über uns Deutschen sagen. Was wir zum Teil Wucher nennen, betrachtet der Ausländer als Niederlichkeit.

Zu einem Herrenhempd werden etwa 500 Gramm Baumwolle verwendet. Dieses 500 Gramm kosten rund eine Goldmark an Hamburg oder Bremen. Bei Beginn des jetzigen Preisrückganges der Mark sind Genden noch für 150 bis 200 M. verkauft worden, was beim Kurse des Dollars von

über 2000 M. nur 0,3 bis 0,4 Goldmark ausmacht. Jedes Gend, das ein Ausländer kaufte, hat er somit 0,7 bis 0,6 Goldmark zu billig bezahlt. Der Baumwollspinner bekommt somit für den Erlös nur 150 bis 200 Gramm Baumwolle wieder. Erst wenn das Gend mit 500 M. bezahlt worden wäre, könnte für das Geld wieder so viel Baumwolle eingeführt werden, als man zu einem neuen Gend benötigt. Mit jedem Gend, das wir an Ausländer verkaufen, verlängern sich unser Warenbestand und unsere Debiten, wenn wir vom Ausländer nicht mindestens den Betrag erhalten, den die neu eingeführte Ware kostet. Da die Preise dem Sturz der Mark nicht folgten, reichen nur die Debiten nicht aus, und es ist erklärlich, daß nur wenig Angebot an der Börse ist.

Je mehr wir also arbeiten und je mehr Waren wir ausführen, um so armer werden wir. Es klingt dies wie ein schlechter Witz, doch ist es so. Unsere Preise sind nicht zu hoch, sondern zu niedrig. Unsere Höhe und Gestalter sind nur ein Minimum, daher scheinen uns die Preise zu hoch. Erhöhung der Höhe und gleichzeitige Erhöhung der Gestalter um die Weltmarktpreise. Die Preise bis annähernd so hoch wie die Weltmarktpreise. Es ist damit zwar nicht sofort eine Besserung zu erhoffen, denn wir haben seit 1918 schon zu viel verlernt; aber wir können dem Sturz der Mark etwas Einhalt tun. Mit der Erhöhung der Höhe und Gestalter steuern wir auch zum Teil die hohen Gewinne der Unternehmungen weg; denn über die Weltmarktpreise kommen wir nicht, weil dann eine Ausfuhr nicht mehr möglich ist. Die hohen Gewinne, besonders der ausländischen Unternehmungen, die in Deutschland bestehen oder an denen ausländisches Kapital beteiligt ist, tragen zum Sturz unserer Wäura mit bei. Ein Ausländer, der, sagen wir, eine Million Goldmark in deutsche Unternehmen steckt und jedes Jahr 50 % Dividende bezieht, hat in 2 Jahren sein Kapital wieder heraus, und die ferneren Jahre entzieht er den Betrag vom deutschen Volkvermögen. Die Deutschen, die ein Ausländer nicht nach Deutschland hereinbringt, werden wir geleglich gar nicht erschaffen, weil die Entente sich das nicht bieten läßt. Es liegt somit im Interesse aller Deutschen, wenn die Höhe möglichst hoch sind und als Restpreise auch die Preise.

U. g. Friedrich, Dresden, Rittenbergstraße 2.

Stimmfrierter Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Aus den Berichten des „Grundstein“ sind unsere Mitglieder unterrichtet über die von unserm Verbands eingeleiteten Bemühungen der Gewerkschaften, über die Teilnahme deutscher Arbeit an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, mit den französischen Verbänden eine Verständigung zu erzielen. Auf wiederholten gemeinsamen Konferenzen der beteiligten Angestellten- und Arbeitergewerkschaften und unter Teilnahme des Verbandes sozialer Kaufleute führten diese Bemühungen zu einem vollkommenen Einverständnis. Gegen Ende vorigen Jahres war diese Arbeit so weit gediehen, daß der gemeinsamen Arbeit der Verbände ein kleiner, an der Somme zwischen Peronne und Chaulnes gelegener Abschnitt des zerstörten Gebietes als Versuchsfeld überwiehen werden sollte, und zwar mit Zustimmung des französischen Wiederaufbauaminierters Rogeur. Vor allem waren auch die Verwalter dieses Gebietes, die Geschäftsbüro, mit diesem Plane einverstanden. Durch ein derart uneigennütziges Arbeiten wäre aber das Profittreiben ausgeschaltet worden, und deshalb war dieser Plan durchaus nicht nach dem Sinne des Unternehmertums. Durch nationalitätliche Verhehlungen und Verleumdungen kaufte eine unter den Geschäftsbüro benutzte Abstimmung, die anfangs der Gewerkschaften ergab, derart zu beeinflussen, daß sie im Sinne des Unternehmertums entschied; der Plan der Gewerkschaften also verworfen wurde. Die Reparationsgewinnler hatten damit wieder freie Bahn.

Im vorigen Jahre hat die deutsche Reichsregierung unter Mathiasens Führung in Wiesbaden mit der französischen Regierung ein Abkommen über die für den Wiederaufbau Nordfrankreichs von Deutschland aufzubringenden Sachleistungen abgeschlossen, das in Frankreich wie in Deutschland staatliche Reparationsverbände sowie auch eine Teilnahme der Gewerkschaften vorah. Auch bei diesem Abkommen herrschte der Beizug vor, Reparationsgewinnler auszuschalten. Die Reparationsverbände sollten durch die Verteilung der Aufträge den für die deutsche Staatskasse, die die Wiedergutmachungsleistungen ja schließlich hoch bezahlen muß, günstigsten Preis erzielen und damit das Profittreiben einbinden. Dies Abkommen steigerte den Jörn des industriellen Unternehmertums gegen die gegenwärtige Regierung zu maßloser Wut. Für unannehmbar erklärte der Reichsverband der Industrie auf seiner Münchner Tagung die Bestimmungen über die Preise, über die Nachzahlung zur Vermeidung unangemessener Gewinne. Er forderte, daß ein Kontrollrecht der Gewerkschaften ausgeschlossen werde. Die Setze gegen die deutsche Republik, der Erberger und Rathenau zum Opfer fielen, hat ihre Ursache allein in dieser, von der Frucht um den Profit bittersten Feindschaft des Unternehmertümlings. Die nationale Setze gegen die Judenregierung, gegen Schwarzrotgold, für die Wiederherbeizung der Monarchie, ist nur auf die Summe der anderen berechnetes Vindictorium. Das später mit dem belgischen Vertreter Bemelman abgegeschlossene Abkommen gewährte der freien Vereinbarung der Reparanden auf der einen und der Lieferung Begehrenden auf der anderen Seite weitesten Spielraum. Dementprechend wurde dann auch das Wiesbadener Abkommen abgeändert. Bei dieser in Berlin mit dem französischen Vertreter abgegeschlossenen Vereinbarung wurde auch der Einfluß der Arbeiterorganisationen auf den Wiederaufbau beseitigt.

Jetzt war die Zeit für den kapitalistischen Führgang gekommen, und der Mann, der diesen einleitete, ist — Stinnes. Wie der Tagespresse zu entnehmen ist, kam am 14. August zwischen dem Vorstehen der bereinigten Gewerkschaften für den Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten, de Luberjac, und Stinnes eine Vereinbarung zustande, wonach Stinnes durch die Aktiengesellschaft für God- und Tiefbau

in Essen, deren halbes Aktienkapital er besitzt, in der Lat ein Monopol für die Wiederaufbauarbeiten erhalten hat. Nach dieser Vereinbarung soll die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau gemäß den Abkommen von Wiesbaden und Wehrhahn und für deren Dauer als Vermittlungsstelle für die Ausführung der Sachleistungen dienen. Dafür kommen in Betracht Baustoffe aller Art, ebenso Bauteile, wie Fenster, Türen, Beschläge usw., womöglich auch Möbel und anderer Hausrat. Die Hoch- und Tiefbau-A.-G. ist berechtigt, für die allgemeinen Interessen und den Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der in keinem Falle 6 % des Preises übersteigen darf, den sie in Deutschland für die gelieferte Ware bezahlte. Der Betrag dieses Aufschlages wird in die Summe mit einbezogen sein, die aus den Leistungen entfällt, die zwecks Finanzierung dieser Verträge seitens der Hoch- und Tiefbau-A.-G. mit einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdener Bank vereinbart wird. Die Lieferungen werden durch die Hoch- und Tiefbau-A.-G. gepreift. Der Verband der Wiederaufbauvereinigungen wird in der Preisungs-Kommission vertreten sein mit dem Recht, die Lieferungen anzufragen und abzuholen. Die in Deutschland gepreift und abgenommenen Lieferungen dürfen in Frankreich nicht zurückgewiesen werden. Die Hoch- und Tiefbau-A.-G. wird unter ihrer Verantwortung Bestellungen an solche präferierten möchte, unter Vorbehalt der Prüfung und Abnahme über Beschaffenheit und Preis. Für die zu liefernden Waren sind die Preise so zu bemessen, daß sie nicht über den französischen Preis für gleichwertige Waren liegen. Nicht Bedingung, aber immerhin ein beachtlicher Vorbehalt ist die Erklärung, die Stinnes in dem Vertrag zu Protokoll gegeben hat und die besagt, daß zur verstärkten Lieferung von Baumaterialien Frankreich erhebliche Mengen an Reparationskosten der deutschen Wirtschaft überlassen müßte. Auch die Verwendung dieser freigegebenen Kohlen soll von Hugo Stinnes überwacht werden.

Die wirtschaftliche Tragweite dieses Abkommens läßt sich noch gar nicht übersehen. Aber das darf gesagt werden, daß es den beteiligten Kapitalistkreisen unter Stinnes Führung ungeheure Gewinne bringen wird. Diese Gewinne liegen weniger in den 6 %, die für die Vermittlung gezahlt werden sollen und die die Hoch- und Tiefbau-A.-G. auf alle Preise aufschlägt, als in den öffentlichen Kontrolle entzogenen Lieferungsverträgen, die unter dem Namen der Wiederaufbauvereinigungen durch die Stinnesverwaltung für das Reich abzufragen gedacht, um dem deutschen Volk die damit die deutsche Regierung diese Kosten wieder aufbringen muß, so sind es schließlich die deutschen Steuerzahler, denen man neue Opfer auferlegen wird. Deshalb kann dieser kapitalistische Raubzug zugunsten weniger Privatproduzenten und einiger deutscher Finanzmagnate bei der Arbeiterkammer nicht schärfste Ablehnung erfahren.

An der bürgerlichen Presse findet der Stinnesvertrag durchweg Zustimmung. In Frankreich soll es ebenso sein. In den Privatkapitalisten nur ein möglichst fetter Profit geliebt, so werden sie sich auch leicht über die Landesgrenzen hinaus enig. Ebenso wie Stinnes, der bisher zu den Anführern im Kampf gegen die deutsche Erfüllungspolitik gehörte, nun auf einmal, losgerissen über Nacht, von einer so starken Besorgnis um das zerfallene und zerstörte Nordfrankreich befallen wird, daß er das Wiederaufbaugeschäft ganz allein übernimmt.

Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen, wenn nähere Berichte vorliegen. Für heute sei nur noch gesagt, daß diese Vorgänge der gesamten Arbeiterkammer eine Mahnung sein sollten, einig und geschlossen in ihren Gewerkschaften zusammenzutreten. Die sinnlosen, unbesinnlichen und verzerrten Behauptungen, die sich die kommunistische Presse, voran die Berliner „Rote Fahne“, gegen die Gewerkschaften und besonders gegen die leitenden Stellen leisten, die sind es, die Verwirrung in die Kreise der Arbeiterkammer hineintragen. So bezeichnete die „Rote Fahne“ vom 7. September den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes als Vermittler des Stinnespaktes. Unterfornen behauptete die Gewerkschaftsspitzen und die Parteileitung seien bezeugt mit Stinnes im Bunde. Die Gewerkschaftsführer hätten den Herren von der Schwerindustrie im Namen des Proletariats die Auslieferung des Restes des Proletariats garantiert. Während Stinnes zum ersten Mal selbst auf die Bühne trat, hatten die Sozialisten, Garbmann, Silberstein, Schmidt hinter den Kulissen ihre Rolle fein und laich gespielt. Daß diese Behauptungen un wahr sind, wissen die Leute von der „Roten Fahne“ ganz gut. Ihre Absicht ist allein, die Arbeiterkammer nicht zur Einigung kommen zu lassen und sie zu hindern, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Befreiung der Verhältnisse, für die Sozialisierung usw. Und die Folgen davon: der Kapitalismus triumphiert und ist zurzeit wieder stärker als je zuvor.

Arbeiter! Macht endlich auf und lauft den kommunistischen Bestörern Eure Kampfkraft nicht länger nach.

„Grundstein“-Verband.

Wie unsere Verbandsmitglieder, Vereinsvorstände, Beistellensaffizierer, Zeitungsverleiher usw. schon aus den Bekanntmachungen in den Nummern 35 und 36 des „Grundstein“ werden erfahren haben, wird der „Grundstein“ von der Nummer 39 an 4 Tage früher als bisher verhandelt werden, und zwar wird der Verband zurückverlegt von den bis dahin üblichen beiden Tagen Dienstag und Mittwoch auf Freitag und Sonnabend der vorhergehenden Woche. Zu dieser Maßnahme hat der Verbandsvorstand sich entschlossen, um zu erreichen, daß die Zeitungsleistungen so früh in den Vereinen eintreffen, daß sie noch an dem Sonnabend, den den Erscheinungstag der Zeitung trägt, oder, falls Sonntag ist, und die Zeitung verbreitet wird, spätestens an dem auf den Erscheinungstag folgenden Sonntag in den Händen aller Verbandsmitglieder sein kann. Jetzt treffen die Zeitungsleistungen

erst später als eine Woche nach dem Erscheinungstag in den Vereinen ein, und der „Grundstein“ ist dann älter als 2 Wochen, wenn er endlich in die Hände unserer Mitglieder gelangt. Dieser Unbeistand war bisher nicht zu beheben trotz aller Vorstellungen bei der Post, und obgleich die Pakete der am weitesten entfernten liegenden Vereine zuerst zur Post gegeben wurden. Nachdem aber der Verband bei der neuen Regelung am Freitag und Sonnabend bewilligt wird, ein großer Teil der Pakete, namentlich jene, die den weitesten Weg zu machen haben, noch am Freitag zur Post kommen, der ganze Verband also am Sonntag schon auf der Bahn seinen Bestimmungsorten zurollt, so darf man erwarten, daß der mit der Verringerung beabsichtigte Zweck erreicht wird und die Klagen über verspätetes Eintreffen der Zeitungsleistungen verstummen.

Diese Maßnahme erfordert aber, daß der „Schluß“ unserer Blattes ebenfalls zurückverlegt wird, und zwar vom Montag auf den vorhergehenden Donnerstag, tag mitta 12 U. h. Erhöhere, noch für die betreffende Nummer bestimmte Einblendungen müssen spätestens Mittwochs in dem Best der Schriftleitung sein. Von dem, was die Post Donnerstags morgens bringt, können dann nur noch kleine Mitteilungen und dergleichen berücksichtigt werden. Der frühere Schluß des Blattes tritt also erstmalig ein für die Doppelnummern 39 und 40 am Donnerstag, 28. September. Für die beiden Nummern 37 und 38 bleibt es noch beim alten. Schluß: Montag, den 11. und 18. September; Verband: Dienstag und Mittwoch, den 12./13. und 19./20. September. Für den Uebergang zu den neuen Verbandsregelungen fällt der Verband am Dienstag, dem 26. September, aus. Dafür wird dann am Freitag, dem 29., und Sonnabend, dem 30. September, die Doppelnummer 39, beziehungsweise 40 verhandelt.

Wir benutzen diese Gelegenheit, allen bei der Verbreitung des „Grundstein“ tätigen Kollegen dringend größte Sparsamkeit ans Herz zu legen. Die Herstellung und Versandkosten sind außerordentlich groß. Es ist damit zu rechnen, daß eine achtseitige „Grundstein“-Ausgabe nach den ersten Papier- und Verbandskosten über 1 Million Mark kosten wird. Es muß deshalb vor allen Dingen darauf gesehen werden, daß die vom Verbandsvorstande geforderten Zeitungen genau dem wirklichen Bedarf entsprechen. Ueberflüssige Zeitungen müssen die Unterfaffizierer „Grundstein“ verbreiter sofort beim Vereinsaffizierer abbestellen, ebenso wie sie steigenden Bedarf zu stellen. Die Vereinsaffizierer müssen streng darauf halten, daß jede Veränderung des Zeitungsbestands schnellstens der Hauptveranstaltung beim Verbandsvorstande gemeldet wird. Zum Auslegen in Volkshäusern, Verkehrslokalen, gelegentlich für Werbezwecke stehen gern „Grundsteine“ zur Verfügung. Doch müssen sie sofort abbestellt werden, sobald sie für diesen Zweck nicht mehr nötig sind. Im übrigen ist gewissenhaft darauf zu halten, daß die Zahl der bestellten Zeitungen möglichst der Mitgliederzahl entspricht. Recht beachtliche Angaben von Namen und Wohnung der Zeitungsempfänger, bei kleineren Orten die genaue Postbezugsnummer, erleichtert unsern Kollegen in der Verbandsabteilung ihre mühselige Arbeit. Man gebe auch bei jeder Bestellung immer die volle Zahl der Zeitungen an, die an einen Empfänger gefandt werden sollen, und bestelle nicht nur foundblatte Zeitungen zu oder ab.

Arbeitsmarkt.

In Vergeheim-Erft (Rheinland), sucht die Firma Franz Meuser, Kaminbaugeschäft, tüchtige Kaminbauer für dauernde Arbeit.
Bauhütte Alfred a. d. S. stellt sofort 10 bis 15 tüchtige Maurer für dauernde Winterbeschäftigung ein. Meldungen beim Kollegen Gierert, Alfred, Gabelsbergerstr. 4 b.

Berichte.

Beitrag Hordak. Die Verhandlung über den Abschluß der neuen Tarifverträge am 31. August in Hordak führte nur in nebensächlichen Punkten zu einer Verständigung; alle Hauptpunkte blieben strittig. Unsere Forderung, anstatt der bestehenden 3 Lohnklassen deren 2 zu bilden, wurde abgelehnt. Ueber die Vertragslöhne und deren Gliederung nach Berufen und Altersklassen wurde nicht eingehend verhandelt. Bei Landarbeit sind die Hochbauunternehmer bereit, die bisherigen Bestimmungen über Gehalt zu beibehalten, drängen jedoch darauf, daß die Gehälter zu einem Teile außerhalb der tariflichen Arbeitszeit gegen Verabgung zurückgelegt wird. Auch glauben die Unternehmer, gestützt auf § 8 Absatz 1 des Reichstarifvertrages, Unterfünfte nicht mehr unentgeltlich liefern zu brauchen. Die Herren vom Tiefbau stehen auf demselben Standpunkt und lehnen die Gewährung irgendwelcher Gehälter oder eine angemessene Entschädigung dafür ab. Jetzt soll das Bezirkskomitee anfragen werden. Eine endgültige verbindende Entscheidung kann es jedoch nicht herbeiführen, so daß den Vereinen das Beschlußrecht über Annahme oder Ablehnung verbleibt.

Am Schluß dieser Verhandlungen haben wir dann versucht, die Lohnfrage erneut zu regeln. Da die Unternehmer die ungeheure Preissteigerung anerkennen mußten, willigten sie ein, noch eine Aufbesserung der bereits am 10. August für die Zeit vom 1. bis 14. September festgesetzten Löhne eintreten zu lassen. Das Endergebnis war eine weitere Zulage für Facharbeiter von 7,50 M. und für Hilfsarbeiter von 7,20 M., so daß in der Zeit vom 1. bis 14. September einschließlich folgende Stundenlöhne zu zahlen sind: für Maurer: in Lohnklasse I 50 M., Lohnklasse II 49,20 M., Lohnklasse III 48,70 M.; für Hilfsarbeiter: in Lohnklasse I 48 M., Lohnklasse II 47,20 M., Lohnklasse III 46,70 M. Gehaltirgeln und Zuschläge bleiben bis hierher.

Für den Tiefbau wurde am 29. August um die vom 1. September an zu zahlenden Löhne verhandelt. Um die Löhne mit dem Hochbau wieder gemeinsam regeln zu können, sollen die neuen Löhne nur bis 14. September gelten. In dieser Zeit wurde eine Zulage von 13 M. geboten und angenommen. Der Stundelohn beträgt demnach im Lohngebiet I (Güstrow, Mollat, Schwinin und Wismar) 45 M. und im Lohngebiet II, umfassend den übrigen Teil beider Mecklenburg, 43 M. Dieses Angebot wurde angenommen.

Seite 1. Volk. Ueber den Bau der Schallstation in Friedrichstadt die Firma Olde & Sohn ist die Sperre verhängt. Die Firma weigert sich, den vereinbarten Aufschlag für Ueberlandarbeit zu zahlen.

Orielsburg. Der Kampf der Bauarbeiterchaft Ostpreußens ist erfolgreich beendet. Den Arbeitern ging es um die Anerkennung des Tarifvertrages und um die Aufbesserung der Löhne. Die Unternehmer aber wollten eine Maßnahme. Zu diesem Zweck hatten sie sich mit dem Arbeitgeberverband der Industriellen vereinigt und glaubten nun, unter der schärfmächterischen Führung ihres Syndikus Dr. Schreiber der Bauarbeiterchaft ihren Willen aufzuzwingen zu können. Darin haben sie sich aber schwer getäuscht. Die Bauarbeiter haben die Maßnahme glänzend bekämpft; nach einer Wiederholung durfte es den Unternehmern fürs erste kaum gelingen. Den Erfolg verdanken unsere Kollegen vor allem ihrem geschlossenen Zusammenstehen. Unsere Sozialen Baubetriebe haben sich in diesem Kampfe als eine ausgezeichnete Hilfe bewährt. Es ist sehr bedauerlich, daß so viele Kollegen den Wert dieser Waffe für unsern Kampf um bessere Lebensbedingungen noch nicht erkannt haben, und diesen Betrieben teilnahmslos oder feindselig gegenüberstehen. Die in unserer Produktivgenossenschaft Orielsburg haben freudig Solidarität geübt und gern und reichlich für die Unterstützung der Streikenden beigetragen. Ihr Verhalten hat großen Anteil an dem guten Ausgang des Kampfes. Ohne die Sozialen Baubetriebe werden wir unsere Kampfkraft trotz aller Solidarität nicht mehr voll ausnutzen können, deshalb müssen die Bauarbeiter für die Bauhütten werden und sie nach besten Kräften unterstützen.

Bau-Werkmeister.

Reichstarifvertrag.

Am 7. September sind in Berlin die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag fortgesetzt worden. Gleich zu Beginn der Sitzung überreichten uns die Arbeitgeber folgende Erklärung:

Der unter dem Namen der „Tarifgemeinschaft für Poliere“ vom Deutschen Bauarbeiterverbände überreichte Entwurf zum neuen Reichstarifverträge für Poliere ist für die Arbeitgeber unannehmbar. Schon der Kopf des Vertrages, in dem die Vertragskontrahenten aufgeführt werden, widerspricht den Interessen der Arbeitgeber. Weiterhin sind die Vorschläge zu § 5 (Klassifizierung) völlig unzureichend, und auch die Vorschläge zu einigen anderen Paragraphen widersprechen zum Teil den schon früher getroffenen Vereinbarungen.

Außerdem ist uns bekannt geworden, daß der Deutsche Polierbund nicht mit allen Punkten des Vorschlages einverstanden ist. Wir sehen uns deshalb gezwungen, den überreichten Entwurf als Verhandlungsgrundlage abzulehnen.

Auf unsere Anfrage, warum der Kopf unseres Tarifentwurfs den Arbeitgebern nicht aufzuge, erklärten sie uns, daß sie einen Vertrag mit allen Organisationen der Tarifgemeinschaft nicht abschließen könnten. Nach längerem Wortgefecht mußten wir einsehen, daß die Arbeitgeber ihr gegebenes Wort, einen Vertrag mit allen Organisationen abzuschließen, nicht einzuhalten geneigt waren. Wir gaben darauf folgende Erklärung ab:

Die Arbeitnehmervertreter der Tarifgemeinschaft des Poliervertrages müssen es ablehnen, in Verhandlungen über den Reichstarifvertrag einzutreten, bevor nicht von den Unternehmern zugestanden wird, daß der Reichstarifvertrag zugehörigen Organisationen als Träger des Reichstarifvertrages anerkannt werden.

Ueber die Fassung des § 5 in dem überreichten Entwurf der Tarifgemeinschaft vom 16. August, besteht innerhalb der Tarifgemeinschaft vollkommene Uebereinstimmung.

Wir werden nun durch eigene Kraft versuchen müssen, die Arbeitgeber zu zwingen, ihr gegebenes Wort zu halten. Ein ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

Gipser und Stukkateure.

Aus dem Haag in Holland wird uns geschrieben, daß dort eine Versammlung der deutschen Stukkateure am 22. August wegen der großen Arbeitslosigkeit, die unter den holländischen Stukkateuren herrscht, einmütig beschloß hat, daß sämtliche dort beschäftigten Kollegen Holland bis spätestens den 23. September verlassen müssen. Unsere Vereinsvorstände werden gebeten, darauf zu achten, daß die zurückreisenden Kollegen ihre Beiträge in Holland ordnungsgemäß geleistet haben. Wer seine Verpflichtungen erfüllt hat, erhält von der holländischen Organisation einen Abmeldevermerk. Nachzahlung durch deutsche Beiträge für die in Holland gearbeitete Zeit ist unzulässig.

Stiefbauarbeiter.

Arbeiterfürsorge bei Philipps Holzmann & Co. A.-G.
Im Laufe der letzten Jahre haben sich die Bauarbeiter ein bestimmtes Anrecht auf Arbeiterfürsorge an ihren Arbeitsstellen erkämpft. Dieses Recht ist teils in Tarifverträgen, teils durch behördliche Verordnungen festgelegt. Aber diese Festlegung hat nicht überall durchgeführt gemacht, daß der Arbeiter selbst forsetzt darüber wachen, daß diese Bestimmungen auch eingehalten werden. Die Rechte aus dem Tarifverträge sowie die aus den behördlichen Verordnungen gelten nun in der Regel für Hoch- und Tiefbauarbeiter, der in Umeingeweihte wird darum annehmen, daß sie auch in Umeingeweihte werden. Die Bauarbeiter merken jedoch täglich, daß dies ein großer Irrtum ist. Nur dort, wo die gewerkschaftliche Organisation so gut ist, daß sie die Innehaltung der betreffenden Rechte jederzeit erzwingen kann, bequem sind die Bauunternehmer zu der notwendigen Arbeiterfürsorge. Im Stiefbaugewerbe Norddeutschlands gab es vor dem Kriege überhaupt keine nennenswerte gewerkschaftliche Organisation.

Das Gesetz den Unternehmern sehr. Seit 8 Jahren sind aber die Tiefbauarbeiter zahlenmäßig gut organisiert, nur fehlt es ihnen an der nötigen Ausbildung. Diesen Zustand der Unwissenheit müssen die Tiefbauunternehmer gewisslos für sich aus. An einem Beispiel, das die Firma Philipp Holzmann & Co. in Medlarburg gibt, wollen wir zeigen, wie fruchtlos dies geschieht. An der Miltitz, zwischen Barlow und Sternberg, baut diese Firma gerade ein Wasserkraftwerk. Beschäftigt sind etwa 200 Arbeiter, die zum großen Teil in Barlow wohnen. Diese Baracken entsprechen weder den hygienischen Anforderungen noch den Vorschriften des Reichsarbeitsgesetzes für das Baugewerbe. Außerdem für die Arbeiter sind entweder gar nicht vorhanden, oder sie sind so weit von den Arbeitsstätten entfernt, daß sie bei Regenschauern und in den Sperrstunden nicht benutzt werden können. Ihr Trink-, Koch- und Waschwasser müssen die Arbeiter aus der Miltitz entnehmen, da eine Pumpe oder ein Brunnen nicht angelegt wurde. Deshalb der Arbeitsstelle liegt Goldberg an der Miltitz. Die dortigen Gerbereien finden in dem Fluß einen bequemen Abweg für ihr Spülwasser, auch einige Aborte werden regelmäßig dahinein entleert. Verheerende Zustände, wenn auch nicht ganz so schlimm, herrschen an dem Bau des Kanals zwischen Plauer See und Lübb. Auch dort soll ein Kraftwerk angelegt werden. Die dort von der Firma errichtete Baracke ist besser eingerichtet als die erste genannte, aber auch sie entspricht nicht den Vorschriften. Trink-, Koch- und Waschwasser müssen die Arbeiter hier aus der Erde entnehmen. Angehlich hat die Behörde diesen Zustand bereits einmal beanstandet. Die Folge dieser Beanstandung ist dann wahrheitsgemäß auch gewesen, daß die Baufirma einen Brunnen bohren ließ. Eine Pumpe steht also da, die man im Bedarfsfalle revidieren lassen könnte. Wer aber Wasser aus der Erde schöpfen und sie in die Pumpe gießen. Diese Zustände sind katastrophal. Sie bergen eine schwere gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung der ganzen Umgebung in sich; denn die meisten in den Baracken wohnenden Arbeiter fahren am Sonnabend zu ihren vielen Kilometer weit entfernt wohnenden Familien. Wenn also in einer derartigen Baracke eine Epidemie ausbricht, so wird der Infektionsstoff in kurzer Zeit über halb Medlarburg getragen. Für die Arbeiter selbst besteht neben dieser auch noch die andere gesundheitliche Gefahr, daß sie bei Umweiser oder während der Pumpen kein schützendes Obdach in der Nähe haben. Soweit die Miltitz bei Holzmann & Co. Verhältnisse gegen den Tarifvertrag bedeuten, werden die Arbeiter durch ihre Gewerkschaft in nächster Zeit Abhilfe schaffen. Eins wollen wir heute schon mitteilen: Wenn die Firma in der bisherigen Weise weiter wirtschaften will, dann werden beide Kraftwerke in 10 Jahren noch nicht fertig sein! Den zuständigen Behörden aber müssen wir den Vorwurf machen, daß sie nicht genügend acht auf die Verhältnisse gegeben haben. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn sich die Arbeiter in der Republik erst die Durchführung von Bestimmungen eritreuen müssen, die bereits lange vor dem Kriege angeordnet wurden.

Im Kreise Süd-Branden in Schleswig-Holstein hat die Firma den Bau der Eisenbahn von Niebüll durch das Wattennetz nach der Insel Sylt übernommen. Was zur Rüste ist der Bau so weit fertig, daß im Oktober der Eisenbahnverkehr bis nach Marzbuß beginnen kann. Auf dieser Strecke werden gerade nur noch Oberbauarbeiten ausgeführt. Neubauten sind auch hier ein unbekannter Begriff. Den etwa 70 bis 80 Oberbauarbeitern steht ein Güterwagen ohne Sitzgelegenheit als Baubau und Gerätebau zur Verfügung. Die im Wattennetz und am Wagger beschäftigten Kollegen haben keinen Unterlunftsraum. Die Baracke, in der die meisten Arbeiter wohnen müssen, ist überfüllt. Getrennte Wohn- und Schlafräume, einen Raum zum Trocknen nasser Kleider sowie einen Verbandskasten gibt es nicht. Dafür haben die Arbeiter aber dort einen Betriebsleiter, der sich durchaus nicht in die jetzige Zeit schicken kann, dem der Deutsche Bauarbeiterverband ein Wort im Auge ist. Wahrscheinlich ist es, daß seine Bemühungen, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, ihm nicht genügend Zeit dafür lassen, auf die tarifvertraglichen und gesetzlichen Vorschriften zu achten. Wir haben überhaupt den Eindruck, als wenn bei Holzmann & Co. die einzelnen Betriebsleiter ganz nach ihrer persönlichen Willkür mit den Arbeitsbedingungen verfahren. Das offenbart sich auch oft in der grundlosen Verlängerung der Arbeitszeit, bei der Zahlung der Zuschläge, bei Arbeiterentlassungen usw. Es wird also Aufgabe unserer Kollegen im Tiefbaugewerbe sein, sich die widerstrebenden Betriebsleiter gut zu erziehen. Daran fehlt es leider an vielen Arbeitsstellen. Die Kollegen müssen sich über ihre Rechte unterrichten, sie müssen sich gute Baulegitime wählen und sie müssen, wenn es hart auf hart geht, auch diese Baulegitime unterstützen.

Vom Bau.

In Wetter a. d. Ruhr ereigneten sich in den letzten Augusttagen 2 schwere Baumfälle. Der Zimmerer Karl Brunne, der auf dem Bau der Firma Buchmann in 12 m Höhe ein Giebelgesims anbringen wollte, benutzte dazu ein ungenügend hergerichtete Auslegergerüst. Er hatte die Ausleger, 3 kantbölger, 8 x 10 cm, durch ein Schalbreit mittels zweieinhalbzölliger Nägel an einem Balken befestigt. Als er mit der Arbeit beginnen wollte, zogen sich die Nägel infolge der Belastung heraus und der Kollege stürzte herunter. Er war sofort tot. — Bei derselben Firma, am Neubau Peter Hartert Sohn, war ein Maurer damit beschäftigt, auf einem Betonkubus von 1 m Ausladung die Brüstung herzustellen. Der Kubus konnte diese Belastung aber nicht tragen. Er brach zusammen und stürzte mit dem Maurer und allem, was sich darauf befand, in die Tiefe. Schwer verletzt kam der Maurer in das Krankenhaus. In diesem Falle dürfte der Unfall auf Kaufmännischer Versehen, die auf das Verschulden der Bauleitung zurückzuführen sind. In dem zuerst gemeldeten Falle hat ein Bauarbeiter seine Sorglosigkeit beim Gerüstbau mit seinem Leben büßen müssen.

Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Vom 4. bis zum 6. September hielt die Grundsteinfasse in Hamburg ihre 19. ordentliche Generalversammlung ab. Zum Empfang der auswärtigen Abgeordneten hatten die Hamburger Mitglieder mit großer Beteiligung am Abend des 3. September mit Unterstützung des Gesangsvereins der Maurer Hamburgs und der Arbeiterjugend einen Unterhaltungsabend veranstaltet und dadurch allen Anwesenden einige große Stunden bereitet, die ihnen in guter Erinnerung bleiben werden.

Zur Leitung der Verhandlungen wählte die Generalversammlung die Kollegen Heinrich Meier, Berlin, und Michael Ulrich, Augsburg. Aus dem vom Kassierbestimmten, Kollegen Heimer, gegebenen Geschäftsbericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl am Schlusse des 1. Quartals 1922 27 108 betrug und sich in den letzten 3 1/2 Jahren wieder um 16 857 erhöht hat. Während des Krieges hatte sie sich infolge der Einberufungen zum Seeresdienst bis auf 5299 verringert. Der jetzige Aufschwung ist zum größten Teile der Werbearbeit unserer Verwaltungsbeamten in einer

Am 23. September ist der 38. Beitrag fällig.

großen Anzahl von Verwaltungsstellen zu danken. Am Schlusse des Jahres 1918 hatte die Kasse 299 örtliche Verwaltungsstellen. Jetzt beträgt ihre Zahl 467. Aus dem Kassierbericht des Kollegen Heimer ging hervor, daß die Kasse am 30. Juni 1922 ein Vermögen von 1 591 416,84 M hatte, und daß der Reservefonds am Schlusse des Jahres 1922 rund 2 000 000 M betragen müßte. Aus den weiteren Verhandlungen ist beachtenswert, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse die Beiträge sowie die Unterstützung um 100 % erhöht wurden. Die erhöhten Beiträge sollen mit dem 1. Januar 1923 und die erhöhte Unterstützung mit dem 1. April 1923 in Kraft treten. Mit 32 gegen 15 Stimmen wurde beschlossen, für die von der Generalversammlung angeordneten Vorstandsmitglieder eine Ruhegehaltseinrichtung einzuführen, wozu die Angestellten 3 % ihres Gehaltes als Beitrag leisten sollen. Diese Einrichtung soll mit dem 1. Januar 1926 in Kraft treten. Der Sitz des Aufsichtsrates bleibt in Rüb. Als Aufsichtsratsmitglieder wurden die Kollegen Kleinfeld, Gaden, Schlichting, Kietelsdorf, Knoch, Widmann und Mann gewählt. Auf Antrag wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Eine ausführliche Niederschrift von den Verhandlungen der Generalversammlung ist zum Selbstkostenpreis von der Hauptkasse zu beziehen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die Nummern 39 und 40 des „Grundstein“ erscheinen als Doppelnummer und werden gemeinsam verandt. Diese Maßnahme ist notwendig wegen einer Umstellung des Drucktages und um zu erreichen, daß der „Grundstein“ frühzeitiger in die Hände der Verbandsmitglieder gelangt. Für diese Doppelnummer ist Redaktionsstichtag Donnerstag, den 28. September, mittags 12 Uhr. Für alle später erscheinenden Nummern wird der Redaktionsstichtag vom Montag auf Donnerstag zurückgeschoben.

Vom 3. bis 9. September haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gefandt: Aichaffenburg 22 000 M, Arnstadt 30 000 M, Alfeld 10 000 M, Arnberg 30 000 M, Amberg 14 000 M, Angermünde 6000 M, Altenburg 25 000 M, Altmühl 10 000 M, Ahrensberg 7000 M, Arneburg 3000 M, Bitterfeld 34 000 M, Bredstedt 3000 M, Boizenburg 6000 M, Berlin 1 000 000 M, Barmen 80 000 M, Bremen 78 000 M, Buxtehude 32 000 M, Beeskow 5000 M, Berne 4000 M, Bochum 100 000 M, Bonn 200 000 M, Braunschweig 41 000 M, Bevenen 8000 M, Burg a. Fernh. 4000 M, Belgisch 2000 M, Bayreuth 45 000 M, Belgard i. P. 10 000 M, Bergen a. N. 5000 M, Bülow 5000 M, Bochum 40 000 M, Buer 479,90 M, Cappel 167 000 M, Coburg 24 000 M, Cöthen 35 000 M, Caputh 14 000 M, Calbe/De 3000 M, Cölln 20 000 M, Calbe 10 000 M, Belgisch 18 000 M, Danzig 200 000 M, Dresden 500 000 M, Deggendorf 11 000 M, Dillenburg 12 000 M, Düsseldorf 500 000 M, Dramburg 4590,75 M, Dinkelsbühl 3000 M, Daber 2200 M, Deutsch-Blasewitz 20 000 M, Darmstadt 60 000 M, Detmold 30 000 M, Schwwege 30 000 M, Erfurt 60 000 M, Eutin 12 000 M, Elmshorn 10 000 M, Erding 22 000 M, Eilenburg 13 445,40 M, Egeln 10 000 M, Eintracht 10 000 M, Eichhof 5400 M, Eichenau 40 000 M, Finkenfeldbrunn 10 000 M, Feldberg i. M. 1000 M, Freiwalde a. d. D. 7000 M, Freiwalde i. P. 1000 M, Fienburg 60 000 M, Frankfurt a. M. 410 787 M, Fulda 20 000 M, Fürstentum 40 000 M, Göttingen 60 000 M, Gostlar 20 000 M, Genthin 15 000 M, Großschmld 70 000 M, Glauchau 45 000 M, Görtz 30 000 M, Götze 10 000 M, Greifenhagen i. P. 2000 M, Gronau 22 000 M, Grewenmühlten 4500 M, Guben 47 000 M, Güstafitz 11 000 M, Gräfenhain 10 000 M, Greifenberg i. P. 3500 M, Wolfen 8000 M, Gromitz 2500 M, Goldberg i. P. 2000 M, Gummerstsch 37 000 M, Gützkow 4000 M, Gelsenkirchen 100 000 M, Hagen 40 000 M, Grabow 5500 M, Garz a. N. 4500 M, Halle 106 774,30 M, Harzschmalde 1500 M, Hufum 10 000 M, Helgoland 10 571,50 M, Herfeshof 1000 M, Hellenthal 5000 M, Heide 4000 M, Heidenstein 13 000 M, Hermannsdorf 5000 M, Hildburghausen 1500 M, Hainau 30 000 M, Hirschberg 25 000 M, Hammoverfch-Münden 32 000 M, Hainrode 2500 M, Haveln 97 215,75 M, Jarmer 1200 M, Jahnitz 4200 M, Kaufbeuren 15 000 M, Kahl 20 000 M, Kreuznach 5000 M, Kiel 60 000 M, Kellinghusen 10 500 M, Krausnick 1000 M, Körlin 2000 M, Kella 1200 M, Köslin 45 000 M, Kronach 25 664,40 M, Königsee 1900 M, Krafon 2000 M, Karlsruhe 37 000 M, Regin 3000 M, Landsbut i. Bay. 60 000 M, Lauenburg 30 000 M, Lucka 6600 M, Leer 11 500 M, Knecht 40 146,40 M, Lauenburg i. P. 13 000 M, Lehm 11 500 M, Lausitz 9000 M, Lauenburg a. d. E. 7500 M, Lübben 6000 M, Lezhin 6695 M, Lych 48 000 M, Lübb 15 000 M, Landau 5000 M, Landsberg a. d. W. 25 000 M, Limburg 15 000 M, Linbau 12 000 M, Müllers-

grund 20 000 M, Meisen 62 000 M, Mies 20 000 M, Miplau 10 000 M, Memmingen 25 000 M, Malsch 5987 M, Marienwalde 4000 M, München-Glabach 100 000 M, Meuselbach 5700 M, Mainz 160 000 M, Mühlhausen i. Th. 48 500 M, Maffow 7000 M, Meiersberg 3572 M, Mirow 2000 M, Mannheim 150 000 M, Magdeburg 28 000 M, Märenberg 4553,20 M, Neufalten 2000 M, Neustrelitz 10 000 M, Nordernberg 8000 M, Neubrandenburg 7000 M, Norderhof 2000 M, Neumünster 20 000 M, Neuhaldensleben 38 000 M, Nowawes 25 000 M, Neustadt a. d. Orlau 20 000 M, Norden 12 000 M, Neubamm 3600 M, Neustetter 8000 M, Neustettin 13 000 M, Nürnberg 300 000 M, Neubamm 2850 M, Ohlau 6000 M, Olschlag 9000 M, Orz 35 000 M, Odenburg i. S. 3000 M, Oels 12 298 M, Ostroßnitz 6000 M, Ockerleben 6000 M, Obergberg 2000 M, Oranienburg 40 000 M, Oldesloe 7000 M, Pöllnow 5685 M, Peine 100 000 M, Pegau 20 000 M, Podau 12 000 M, Porey 270 M, Potsdam 40 000 M, Pritz 12 000 M, Peiferstein 11 000 M, Plathe 3000 M, Paffau 29 400 M, Pöppel 20 000 M, Prenzlau 13 000 M, Querfurt 10 000 M, Ravensburg 157,20 M, Rosenheim 28 000 M, Reichshall 20 000 M, Recklinghausen 100 000 M, Reutlingen 60 000 M, Ravensburg 20 000 M, Remscheid 60 000 M, Reubolstadt 25 000 M, Reichenberg 4000 M, Reichenbach i. Schl. 70 000 M, Rheine 37 000 M, Rummelsburg i. P. 6400 M, Rofla 5863 M, Regensburg 70 000 M, Riefa 35 100 M, Ronneburg 26 400 M, Rennerdorf 18 000 M, Reinfeld 3000 M, Singen 4000 M, Steinau 10 000 M, Saalfeld 20 000 M, Selungen 10 000 M, Saarbrücken 100 000 M, Schmerin i. M. 50 000 M, Sorau 20 000 M, Schwenningen 6000 M, Schramberg 5000 M, Stabe 13 029 M, Sprißlau 3000 M, Seefahen i. d. Alt. 6000 M, Schwann 2000 M, Schwiebus 10 000 M, Sangerhausen 6000 M, Straßfurt 6000 M, Schuppenstedt 5000 M, Schönberg 3000 M, Salzhäufen 2000 M, Sommerberg 40 000 M, Staffurt 19 000 M, Swinemünde 15 000 M, Schneverdingen 1620 M, Sagan 50 000 M, Setz 2001 M, Zriebes 6000 M, Zepetow a. d. Zoll. 4000 M, Zwißingen 3300 M, Zriebs 4500 M, Zschle 15 000 M, Zraunstein 15 000 M, Zieleser 4000 M, Ziegen 11 000 M, Zllm 80 000 M, Zllburg 7000 M, Zellen 9000 M, Zillstod 6000 M, Zeimar 44 000 M, Zernigerode 20 000 M, Zittener 15 981,80 M, Zieffersland 6360,50 M, Zerich 4500 M, Zarin 3500 M, Zittendorf 4000 M, Wasserburg 11 000 M, Wriezen 9700 M, Wolgast 6000 M, Wittingen 3000 M, Wippen a. d. S. 17 000 M, Weisungen 10 000 M, Wangerin 6000 M, Walfter 2000 M, Wilhelmshaven 60 000 M, Worms 41 000 M, Zittau 50 000 M, Zarentin 3000 M, Zwielf 9000 M, Ziegenrück 9000 M.

Verschiedene Schriften: Hamburg 40, Recklinghausen 85, Reichenbach i. Schl. 85, Wittenberg 18,40. Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: Augsburg. (Feigenhofen.) J. Meitinger, 5. 20 J. alt. Bredlau. Fritz Gimmel, Gilsarb., 29 Jahre alt. Paul Karsant, Gilsarb., 48 Jahre alt. Wilhelm Zock, Gilsarb., 40 Jahre alt. Catefeld. Hermann Claudius, Maurer, 42 Jahre alt. Coblenz. (Wallendorf.) Simon Frank, 41 J. alt. Dessau. Gustav Funke, Maurer, 57 Jahre alt. Wih. Hartmann, Gilsarb., 61 Jahre alt. Dresden. (Sintzebergdorf.) Ernst Jenke, 64 J. a. (Reichenberg.) Paul Reiche, Leßring, 16 Jahre alt. (Wahnsdorf.) Friedrich Pleitzsch, 64 Jahre alt. Duisburg. (Hamborn.) Ernst Krüger, 52 J. alt. Frankfurt a. M. (Eppstein.) Jakob Fischer, 41. 45 J. (Wilsfelden.) Heinrich Jungmann, 71. 71 J. alt. Freyberg i. S. (Bargenan.) Paul W. Fischer, 6. 19 J. Guntow. (Plattow.) Friedr. Blankenfeld, 39. 39 J. a. Hannover. Heinrich Backhaus, Maurer, 73 J. alt. Köln. Wilhelm Lunde, Maurer, 49 Jahre alt. Weifen. Ernst Langhof, Gilsarb., 64 Jahre alt. Wertheberg. Max Zgozski, Gilsarb., 24 Jahre alt. Wülfsgrund. (Wülfen-St. Jakob.) A. Stübner, 54 J. Wülfringen. Wilhelm Schladen. B. Miller, 35 J. alt. Schwerin. Heinrich Kloth, Erbarbeiter, 64 Jahre alt. Strichlin i. Schl. Adolf Kasser, 74 Jahre alt. Stuttgart. (Degerloch.) Julius Neef, 48 Jahre alt. Thal a. S. Otto Heydecke, Gilsarb., 28 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

August Vogt, Maurer, geboren am 7. Januar 1868 (Buchnummer 520 782), wird ersucht seine Adresse anzugeben. Kollegen, die dessen Aufenthalt wissen, werden gebeten, Genannten darauf aufmerksam zu machen. Frau Vogt, Berlin-Brick, 3 a n n r. 85.

Nordenham. Vorsitzender des Vereins ist Kollege Wilhelm Hoyer. Nordenham-Alten, Bauernweg 9. Das Vereinsbureau befindet sich in der Schulstr. 10, 8. St.

Der Bezirksverein Döbberg i. Döb. sucht zum 1. Oktober einen Geschäftsführer.

Bitterfeld sucht einen Bewerber müssen mindestens 10 Jahre Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, mit den Verwaltungsgeschäften vertraut, rednerisch und organisatorisch befähigt sein. Bewerbungen müssen in doppelter Ausfertigung bis zum 20. September an Wilhelm Bauer, Bitterfeld, F e l d t r. 25, mit der Aufschrift „Bewerbung“ eingereicht sein.

Der Bezirksverein Döbberg i. Döb. sucht zum 1. Oktober einen Geschäftsführer.

Bitterfeld sucht einen Bewerber müssen mindestens 10 Jahre Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, mit den Verwaltungsgeschäften vertraut, rednerisch und organisatorisch befähigt sein. Bewerbungen müssen in doppelter Ausfertigung bis zum 20. September an Wilhelm Bauer, Bitterfeld, F e l d t r. 25, mit der Aufschrift „Bewerbung“ eingereicht sein. Der Bewerber muss mindestens 10 Jahre Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, mit den Verwaltungsgeschäften vertraut, rednerisch und organisatorisch befähigt sein. Bewerbungen müssen in doppelter Ausfertigung bis zum 20. September an Wilhelm Bauer, Bitterfeld, F e l d t r. 25, mit der Aufschrift „Bewerbung“ eingereicht sein. Es wird noch darauf hingewiesen, daß in Döbberg Wohnungsnot herrscht und die Beschaffung einer Wohnung schwer fällt.